

"Strafe ist niemals nachhaltig"

Eine Sonderabgabe auf Alkohol und Zigaretten, die direkt in den Gesundheitsfonds läuft – mit dieser Forderung hatte Dr. Albrecht Kloepfer vom „iX – Institut für Gesundheitssystem-Entwicklung“ in Berlin in der vergangenen Tagen für Diskussionsstoff gesorgt. Die CDU erteilt solchen Plänen jedoch eine deutliche Absage.

Kloepfer hatte vorgeschlagen „Unter-Solidargemeinschaften“ zu organisieren. Der konkrete Vorschlag: Raucher zahlen eine Sonderabgabe auf jede Packung oder Zigarette, die direkt in den Gesundheitsfonds strömt und somit die vom Rauchen verursachten Kosten refinanziert. „Bei der PKW-Maut diskutieren wir jedoch seit Monaten darüber und bei der LKW-Maut haben wir ein solches Modell schon umgesetzt: Die Nutzer tragen mit ihrer Abgabe die durch die Nutzung entstehenden Kosten selbst. Sie sind mit diesem Finanzierungsansatz dann untereinander wieder solidarisch, belasten jetzt aber nicht mehr den Teil die GKV-Solidargemeinschaft, der – beispielsweise – nicht raucht.“



Mit diesem Vorschlag konfrontiert, zeigt die gesundheitspolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Maria Michalk, jedoch wenig Begeisterung: „Die neue Idee die durch das Rauchen und andere durch Suchtmittel verursachten Mehrausgaben im Gesundheitssystem durch eine zusätzliche Abgabe, die nicht in den allgemeinen Steuertopf geht, sondern direkt in den Gesundheitsfonds, ist eigentlich eine alte Idee. Wiederholt hat sich die Union damit befasst, wie besser ein gesundheitsbewusstes Verhalten erreicht werden kann; durch Strafe oder durch Überzeugung“, erklärte die Abgeordnete gegenüber dem änd.

Zugegebenermaßen sei das mit der Überzeugung ein ziemlich langwieriger Prozess, der in jeder Generation wiederholt werden müsse. „Aber Strafe ist niemals nachhaltig. Zudem bedeutet eine separate Abführung an den Gesundheitsfonds einen immensen Verwaltungsaufwand. Da wir die Bürokratie nicht ausdehnen wollen, ist der neuerliche Vorschlag nicht realisierbar, aber allein die Diskussion darüber kann in der Gesellschaft bewirken, dass der eine oder die andere vom Rauchen, vom Alkohol oder anderen schädlichen Substanzen Abstand nimmt. Wir werden niemals alle erreichen. Das ist schade. Aber wenn nur wenige aus Überzeugung nicht mehr rauchen oder nicht mehr trinken, ist neben dem persönlichen Erfolg auch ein gesellschaftlicher Nutzen relevant“, so Michalk. Aus der mühseligen Aufgabe, überzeugend gegen Suchtmittelkonsum aufzutreten, könne Politik und Gesellschaft kein noch so guter Vorschlag befreien.

Rubrik: Berufspolitik

12.10.2015 13:38 / js

URL dieses Beitrags: <http://www.facharzt.de/a/a/161785/>

© änd Ärztenachrichtendienst Verlags-AG